

## Bahntrasse Bad Radkersburg Gemeinderatssitzung musste abgebrochen werden

Kleine Zeitung, 28.2.2020, Walter Schmidbauer, Katharina Siuka

Gemeinderat von Bad Radkersburg sollte über Flächenwidmungsplan mit geplanter Bahntrasse entscheiden. Das war nicht möglich, weil zu wenige Gemeinderäte gekommen waren. Das Land macht Druck. Am 9. März gibt es einen neuen Versuch.



*14 Gemeinderäte hätte es für die Beschlussfähigkeit gebraucht,  
13 waren gekommen*

Eigentlich hätte der **Gemeinderat Bad Radkersburg** Donnerstagabend über die Revision des **Flächenwidmungsplans** (FWP) entscheiden sollen. Denn Bürgermeister **Heinrich Schmidlechner** hatte vor, den Punkt via Dringlichkeitsantrag auf die Agenda zu setzen. Der Grund: Das **Land Steiermark** schickte ihm zuvor ein Schreiben - demzufolge müsse das Stadtparlament zeitnah "einen Endbeschluss über einen genehmigungsfähigen Flächenwidmungsplan" fassen.

### Trasse sorgt für Wirbel

Es geht dabei um den **Lückenschluss** zwischen Bad Radkersburg und **Gornja Radgona**. Wie mehrfach berichtet, soll die **Radkersburger Bahn** nach Slowenien verlängert werden. Das Land hat bereits eine **Trasse** verordnet - und genau da hakt es, denn die führt durch ein **Wasserschutz- und Siedlungsgebiet**. Betroffene Anrainer wehren sich, es gibt rund 400 Unterschriften gegen die geplante Trasse, die dem Gemeinderat vorliegen.

Der vom Land geforderte Endbeschluss in der Causa kam Donnerstagabend jedenfalls nicht zustande. Die Sitzung musste abgebrochen werden, weil zu wenige Mandatäre erschienen waren. Damit ein Gemeinderat beschlussfähig ist, müssen zwei Drittel anwesend sein. Im Bad Radkersburger Stadtparlament hätten dafür 14 Mandatäre erscheinen müssen - gekommen sind 13. Die gesamte **SPÖ** (fünf Personen) blieb fern, ebenso **Gabriele Karlinger (FPÖ)**,

**Elisabeth Messner** (freie Gemeinderätin) und **Elke Dolinar (BBR)**. Die beiden Letzteren entschuldigten sich krankheitsbedingt, hieß es in der Sitzung.

### **Das Land macht Druck**

Schmidlechner sagt, er hätte das Schreiben des Landes vorab an alle Gemeinderäte weiterleiten müssen. "Es steht darin, dass ich den FWP ehestmöglich zur Abstimmung bringen muss. Sonst handle ich nicht und das wäre laut Gesetz Amtsmissbrauch."

In dem Schreiben, das der Kleinen Zeitung vorliegt, steht konkret, "dass der **Gemeinderat** in seiner Funktion als **Raumplanungsbehörde** verpflichtet ist, auf Grundlage der raumordnungsrechtlichen Bestimmungen diese Planungsinstrumente zu erlassen. Eine Nichtentscheidung aus politischen Gründen darf sohin nicht erfolgen." Diese Verpflichtung gelte für alle Gemeinderäte, weshalb man "auch auf die Bestimmung ‚Missbrauch der Amtsgewalt‘" hinweise.

Das Land macht also Druck auf die Gemeinderäte, die Trasse endlich zu beschließen. Schmidlechner: "Es ist ein übergeordnetes Interesse, der Gemeinderat muss eigentlich zustimmen. Die Trasse ist eine Verordnung des Landes." Es könnten zwar noch anderen Lösungen, also Trassen gefunden werden, "aber verordnet ist diese". Es würde im FWP darum gehen, dass der geplante Korridor für die Eisenbahn freigehalten bleibe.

### **"Können Unterschriften nicht ignorieren"**

Bereits im November war die Causa zur Abstimmung im Stadtparlament, damals wurde der FWP nicht beschlossen: Zehn Mandatäre hatten dafür gestimmt, neun dagegen. Für einen Beschluss ist aber eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Opposition hatte damals erklärt, man könne die 400 Unterschriften von Bürgern nicht ignorieren. "Es braucht eine neue Trassenführung."

Schmidlechner zufolge gebe es eine solche momentan aber nicht. "Experten sagen, es macht derzeit auch keinen Sinn. Das Projekt muss am Tisch liegen, dann kann man nach Alternativen schauen." Es gebe zwar drei oder vier andere Trassen, doch "verordnet ist eben diese".